

Kirche akzeptiere man die Flüchtlinge unabhängig davon, welche wirtschaftlichen und politischen Gründe sie zu ihrer Auswanderung bewogen hätten (NC News Service, 24. 10. 85).

Während die Asylbewegung aus ihrer Forderung nach voller Anerkennung als Asylanten keinen Hehl macht, ist von den Bischöfen eher die Forderung zu hören, den Flüchtlingen einen Status zu geben, der ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht gewährt, jedoch nicht die Anerkennung als Asylanten einschließt. Dies wird sowohl eine Kompromißformel innerhalb der US-Bischöfkonferenz sein, wie aber auch Vermittlungsformel für die politische Auseinandersetzung. In diesem Sinne liegt dem Kongreß auch ein Gesetzentwurf vor, der es ermöglichen soll, daß auch Salvadorianer in den Genuß des „voluntary extended departure status“ so lange kommen, wie die Verhältnisse sich in ihrem Land nicht ändern. Der salvadorianische Erzbischof *Arturo Rivera y Damas* hat diese Forderung offen unterstützt: Christliche Nächstenliebe und internationales Recht erforderten dies.

Über diese Forderung hinaus hängt im übrigen alles an der Einschätzung der Lage in Mittelamerika. Im Anschluß an eine Reise in diese Region meinte z. B. der Bischof von Corpus Christi/Texas, *Rene Gracida*, obwohl auch er eine grundlegende Unstimmigkeit in der Einwanderungspolitik der US-Regierung gegenüber den Flüchtlingen aus den verschiedenen Teilen der Welt feststellte, daß die Lage der Menschenrechte in El Salvador durchaus Fortschritte gemacht hätte. Man solle den Amerikanern nicht weiszumachen versuchen, jeder Salvadorianer würde nach seiner zwangsweisen Abschiebung aus den USA erschossen. Menschenrechtsorganisationen weisen demgegenüber auf zahlreiche Fälle hin, in denen Salvadorianer nach der Rückkehr aus den Vereinigten Staaten ermordet worden seien oder vermißt würden. Solange jedoch dazu weiterhin auch nur eine gewisse reale Möglichkeit besteht, wird die US-Regierung Mühe haben, die eigene Bevölkerung von der Rechtmäßigkeit der Abschiebung mittelamerikanischer Flüchtlinge zu überzeugen.  
*Klaus Nientiedt*

## Im Ausnahmezustand

### Christen auf der arabischen Halbinsel

Am 10. Oktober billigte das *Europäische Parlament* einen Entschließungsantrag, in dem die Regierungen der Golfstaaten ersucht werden, „Die Religionsfreiheit zu gewährleisten, u. a. für die Arbeitnehmer und andere Bürger, die ständig oder vorübergehend in den Golfstaaten beschäftigt sind“, und „den Bau von Kirchen, die Abhaltung von Gottesdiensten und die Ausübung des Priesteramtes nicht zu behindern“. Deshalb bat das Europäische Parlament den Rat und die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, diese konstitutiven Komponenten der Religionsfreiheit und der Religionsausübung bei den Verhandlungen mit den Golf-Staaten zur Sprache zu bringen, damit Angehörige nicht-islamischer Religionen ihre Mitarbeit an Gemeinschaftsprojekten ungehindert fortsetzen können.

### Hüter islamischer Tradition

Papst *Johannes Paul II.* kam in seiner Ansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps im Januar 1985 auch auf die Situation der Christen in den Ländern der arabischen Halbinsel zu sprechen: „Man versteht daher das Befremden und das Gefühl der Frustration bei Christen, die zum Beispiel in Europa Gläubige anderer Religionen aufnehmen und ihnen die Möglichkeit zur Ausübung ihres Kultes geben und denen ihrerseits jede Ausübung ihrer christlichen Religionen in den Ländern untersagt wird, in denen diese Gläubigen

die Mehrheit besitzen und ihren Glauben zur Staatsreligion erklärt haben“.

Die *Länder der arabischen Halbinsel* Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate (Abu Dhabi, Adschman, Dubai, Fudschaira, Ras al-Chaima und Umm al-Kaiwân) traten ins Rampenlicht der weltpolitischen Bühne erst Anfang der 70er Jahre, obwohl sie eine tragende religiöse Rolle schon seit Muhammad (570–632) spielen; trat von hier aus der Islam doch seinen Siegeszug an. 30 Jahre nach dem Tod Muhammads regierten die Ommayyaden bereits das islamische Reich von Damaskus aus. 762 verlegten sie dann die Hauptstadt nach Bagdad. Seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts gehörte die arabische Halbinsel zum Osmanischen Reich, und der Sultan, der in Personalunion das Kalifenamt bekleidete, residierte in Istanbul.

Mit der Eroberung der Stadt Riad am 15. Januar 1902 durch 'Abd al-Aziz b. Abd Ar-Rahmân b. Fayçal, genannt *Ibn Saud* (1880–1953), wurde schrittweise die Macht des Osmanischen Reiches abgebaut. Ibn Saud ließ sich am 8. Januar 1885 zum König von Hedscha ausrufen und krönte seine Machtausbreitung am 18. September 1932 mit der Gründung des Königreiches Saudi-Arabien. Für die Golfstaaten begann 1971 eine neue Epoche, als sich Großbritannien nach fast 150jähriger Präsenz als Kolonialmacht aus dieser Region endgültig zurückzog.



Ebenso wie Saudi-Arabien etablierten sich auch am Golf Nationalstaaten, deren Grenzziehung sich nicht immer an Stammesgrenzen orientierte und deshalb Konflikte vorprogrammierte. Eine ebenso große Zäsur wie die politische Unabhängigkeit brachte die *wirtschaftliche Entwicklung*, seit man 1932 in Saudi-Arabien *Erdöl* entdeckte. Die Erdölproduktion bestimmte von nun an die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Länder der arabischen Halbinsel. Die Preispolitik der OPEC, der die Golfstaaten und Saudi-Arabien angehören, besonders die Preiserhöhungen von 1973 und 1979 bescherten diesen Ländern Einnahmen, die sprunghafte Prozesse auslösten, deren soziale Folgen heute sichtbar werden.

## Typische Gastarbeiterländer

Die ehemals armen Kleinbauern und Nomaden weisen heute eines der höchsten Brutto-Sozial-Produkte in der Welt auf. Diesen wirtschaftlichen Boom ermöglichte aber nur das zufällig in ihrem Land gefundene Erdölvorkommen. Um es zu fördern, waren sie auf das technische Know-how der europäischen und nordamerikanischen Ingenieure und die Arbeitsleistung der Gastarbeiter aus Asien, dem Jemen und Ägypten angewiesen.

In Saudi-Arabien, dem größten Land auf der Halbinsel, leben auf 2 150 000 km<sup>2</sup> etwa 10–11 Millionen Menschen, davon wenigstens eine Million *Ausländer*. In Oman, 212 000 km<sup>2</sup> groß, leben etwa 800 000 Ausländer bei einer Gesamtbevölkerung von 1,1 Mill. In den Vereinigten Arabischen Emiraten leben auf einer Gesamtfläche von 83 600 km<sup>2</sup> über 1,1 Millionen Menschen, über 800 000 mit einem fremden Paß. Am extremsten sehen die demographischen Zahlen in dem 17 818 km<sup>2</sup> großen Staat Kuwait aus, wo von den etwa 1,7 Millionen Einwohnern über eine Million Ausländer sind. Katar, 11 000 km<sup>2</sup> groß, beherbergt 30 000 ausländische Arbeitnehmer zzgl. Familienangehörige bei einer Bevölkerungszahl von 280 000 Menschen. Im kleinsten Land der arabischen Halbinsel, Bahrain, leben auf 622 km<sup>2</sup> 400 000 Menschen, wovon 117 000 Ausländer sind.

Der Preisverfall des Erdöls der letzten Jahre ließ den Traum von der goldenen Zukunft zu einem Alptraum werden, und nun breitet sich ein Gefühl der *Überfremdung* aus. Als z. B. im Frühjahr 1985 ein Attentat auf den kuwaitischen Herrscher verübt wurde, wies das Land zwischen 6000 und 15 000 libanesische, iranische und irakische Arbeiter, Ingenieure und Ärzte aus, allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur Schia. Sie standen in Verdacht, der *Agitation muslimischer Fundamentalisten* anheimzufallen. Aber trotz aller Anstrengungen der Länderregierungen, stärker auf einheimische Kräfte zurückzugreifen, können sie auch in Zukunft nicht auf Ausländer verzichten. Die Anwerbepolitik haben sie allerdings geändert. Bevorzugten die Länder früher die arabisch-muslimischen Arbeiter, so ging man nun dazu über, die Arbeitskräfte, auch Hausmädchen, aus nichtarabischen

Ländern wie Sri Lanka, Indien und den Philippinen zu holen. Die Facharbeiter heuert man weiterhin in Europa und Nordamerika an.

Die Staaten der arabischen Halbinsel sind nicht nur Länder mit einer alten islamischen Tradition, sondern auch *überzeugte Vertreter der puritanischen wahhabitischen Reformbewegung*. Sie bleiben dem islamischen Recht (*shari'a*) treu, auch wenn sie durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zwanzig Jahre verpflichtet waren, parallel dazu eine säkulare Gesetzgebung zu praktizieren.

Der *islamische Charakter der arabischen Gesellschaft* wird von staatlichen und religiösen Stellen um so mehr betont, je mehr das „westliche Modell“ in familiären und sozialen Bereichen seine Nachahmer findet. Wie überall in islamischen Ländern baut man auch hier eifrig neue Moscheen, nicht nur in den Wohngebieten der einheimischen Bevölkerung, sondern auch an den Arbeitsplätzen und in den Camps der ausländischen Arbeitnehmer. Unter islamischem Einfluß senden auch Funk und Fernsehen, die ihr Programm zu den fünf Gebetszeiten unterbrechen. Die Bildungspolitik sieht die Hauptaufgabe in der *Weitergabe der islamischen Tradition* auch an die kommende Generation. So beklagte sich z. B. ein Schuldirektor in einem Leserbrief „über den Bildungsrückstand von Studenten, den sie schon im Elternhaus in die Wiege gelegt bekämen. Zu viele ausländische, nichtmuslimische Frauen seien im Haushalt und mit der Kindererziehung beschäftigt.“ Er forderte daher seine Landsleute auf, verstärkt arabische – sprich muslimische – Haushaltshilfen anzustellen.

## Eng begrenzte Freiheit für Christen

Wie steht es nun um die religiöse Freiheit der christlichen Ausländer in den Staaten der arabischen Halbinsel? Offizielle Statistiken liegen nicht vor. Man schätzt die Zahl der Christen, die auf der arabischen Halbinsel leben auf etwa 300 000 bis 500 000. Die größte nationale Gruppe der Christen bilden die etwa 200 000 *Filipinos*. Die Christen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und den europäischen Staaten schätzt man auf etwa 80 000 bis 100 000. Dazu kommen noch kleinere Gruppen von Christen aus Indien, Sri Lanka und Südkorea. Nicht zu vergessen die arabischen Christen aus dem Libanon, Syrien, Ägypten und Palästina.

Die Aufspaltung der christlichen Gemeinschaft nach nationalen Gruppen und die damit verbundene Vielsprachigkeit ist nicht das einzige augenfällige Merkmal. Die christliche Gemeinschaft spiegelt auch die christliche Ökumene wider: Katholiken, Orthodoxe und Protestanten verschiedener Denomination leben und arbeiten zusammen und machen die pastorale Betreuung dieser benachteiligten Minderheit nicht einfacher.

Die *katholische Kirche* errichtete bereits 1850 das Apostolische Vikariat Arabien als Kirchenbezirk. Es umfaßt neben den obengenannten Ländern auch noch den



Nord- und Südjemen. Das Vikariat wurde damals den italienischen Kapuzinern anvertraut, die heute noch den Bischof, *Bernardo Gremoli*, stellen. Er hat sein Gebiet in 16 pastorale Bezirke eingeteilt. Außerdem gibt es noch 63 Missionen, die regelmäßig besucht werden. Dem Bischof stehen 25 Priester, davon 21 Ordenspriester (überwiegend Kapuziner) und ca. 70 Ordensfrauen verschiedener Ordensfamilien zur Seite. Die Priester und Ordensfrauen sind als solche von den Regierungen dieser Länder anerkannt. In Kuwait, Bahrain, Oman und in den Vereinigten Arabischen Emiraten besitzt die Kirche nur wenige Kirchen und Kapellen. Die Katholische Kirche unterhält in diesen Ländern eben eine Reihe pädagogischer (Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen) und sozialer Einrichtungen (ambulante Krankenstationen, ein Leprosarium und Behindertenheime). Diese relative Freiheit der Kirche wird in regelmäßigen Abständen von Autoren einiger islamischer Zeitschriften der Golfregion bedauert. Selbst die Tatsache, daß die Kirche hier eine Existenzberechtigung erhalten hat, denunzieren sie als Versuch der Christianisierung.

Diese Artikel stellen dann Saudi-Arabien und Katar als Vorbilder islamischer Staaten hin, weil dort die Christen nicht dieselben religiösen Freiheiten genießen. Nicht nur christliche Kultstätten, sondern sogar kleine Gebetskreise in Privatwohnungen sind dort strikt verboten. Priestern ist es generell verboten, das Land zu betreten, um die pastorale Betreuung der ausländischen Christen zu übernehmen.

Ihre ablehnende Haltung den Christen gegenüber begründen die Saudis mit einem Hadith (Ausspruch von Muhammad), der vom zweiten Kalifen ‚Umar‘ überliefert wurde und lautet: „Auf der Insel der Araber sollen nicht zwei Religionen bestehenbleiben.“

Die Arbeitsmigration wird in unseren modernen Gesellschaften eine immer selbstverständlichere Notwendigkeit. Eine positive Nebenwirkung, zur Verbesserung der Arbeitsmarktstruktur, besteht in der kulturellen und religiösen Öffnung und Bereicherung der Gesellschaft. Saudi-Arabien und Katar lehnen diese Möglichkeit ab. Sie empfinden die Präsenz sicherlich nicht als eine Bedrohung ihrer islamischen Identität, aber als Hüter der Heiligen Stätten Mekka und Medina, wo sich zahlreiche islamische Organisationen mit ihren zentralen Verwaltungsstellen etabliert haben, fühlen sie sich als *Verteidiger des „reinen Islam“*. Anlässlich der Einweihung der neuen Kathedrale in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) sagte im Jahre 1983 Kardinal Rossi gegenüber muslimischen Vertretern: „Die Katholische Gemeinschaft ... ist froh, zur Brüderlichkeit unter den verschiedenen ethnischen (sic) Gruppen beizutragen, die dadurch, daß sie den einzigen Gott als gemeinsamen Vater anerkennen, die Bruderschaft unter den Menschen in ihrer tiefsten Bedeutung zum Ausdruck bringen.“ Der Weg bis dahin ist aber noch weit. Aber hier wie auch anderswo würden Menschen von einem Dialog gewinnen, der die Rechte und Interessen der einen wie der anderen besser respektieren ließe.

*Hans Vöcking*

## Die Kirche – ein „Stand auf der Kirmes“?

Ein Gespräch mit Professor René Rémond über die Kirche und Religion in Frankreich

*In 30 oder 40 Jahren werde der letzte französische Marxist ein bretonischer Dombherr sein, der weiterhin die Diktatur des Proletariats predige, meinte vor Jahren einmal der französische Publizist Jean-Marie Domenach. Auch wenn es nie dazu kommen sollte, so illustriert dieses Bonmot anschaulich ein Verhältnis von Kirche und Gesellschaft in Frankreich, wie es von dem in der Bundesrepublik kaum verschiedener sein kann. Nicht erst die Wahlergebnisse vom 16. März deuten jedoch auch für Frankreich Veränderungen an. Wir sprachen darüber mit René Rémond, Professor für Geschichte und Politische Wissenschaften an der Universität von Nanterre und Präsident der Fondation Nationale des Sciences Politiques. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.*

*HK:* Herr Professor Rémond, die Bedeutung der französischen Kirche in der Zeit vor dem letzten Konzil für die Kirche insgesamt wird man nicht so leicht überschätzen können, sie galt als Avantgarde. Zwanzig Jahre nach

dem Konzil scheint davon nicht mehr viel übriggeblieben zu sein. Wie konnte es dazu kommen?

*Rémond:* Beide Bewertungen der Kirche in Frankreich, sowohl was die Zeit vor dem Konzil, wie auch was die Zeit nach dem Konzil angeht, sind zunächst einmal richtig. Ich glaube, daß der französische Katholizismus vor dem Konzil eine gewisse Pilotfunktion besaß, und zwar sowohl in bezug auf die theoretische Arbeit wie auch die Pastoral und das Laienapostolat. Ein Vergleich mit dem deutschen Katholizismus fällt nun, zumindest was die Theologie angeht, nicht gerade zugunsten Frankreichs aus. Der deutsche Katholizismus verfügt über eine lange intellektuelle Tradition, während der französische Katholizismus gerade im 19. Jahrhundert durch die Folgen der Französischen Revolution gelitten hat. Er brauchte lange, um sich wieder ein eigenes intellektuelles Erbe zu schaffen. Während der Klerus in Deutschland im